

Liechtensteiner Volksblatt



Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Durchsetzung einer restriktiven Ausländerpolitik

LANV-Stellungnahme zur Kneschaurek-Perspektivstudie

Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) hat in der letzten Ausgabe seines Verbandsorgans eine Stellungnahme zu der von der Regierung in Auftrag gegebenen Studie «Analysen und Perspektiven der liechtensteinischen Wirtschaft bis 1990 unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes» veröffentlicht. Im Gegensatz zu dem vom St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung (unter der Leitung von Prof. Francesco Kneschaurek) gezogenen Schlussfolgerungen sieht der LANV die zukünftige Ausländerpolitik, und damit auch die eng damit verbundenen Wirtschaftsaussichten, in einer Zwischenlösung von Variante 3 und 2, also zwischen der Reduktion der Ausländerquote auf genau einen Drittel an der Gesamtbevölkerung und der Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung auf dem derzeit erreichten Niveau.

Im Grunde genommen neigt der LANV, wie er in der Stellungnahme unumwunden zugibt, der dritten Variante der Perspektivstudie zu, die als Lösungsmöglichkeit mit der zu Beginn der siebziger Jahre postulierten und 1980 in einer Verordnung festgelegten Begrenzung der Ausländerzahl auf einen Drittel übereinstimmt. Den zwischen Variante 3 und Variante 2 bestehenden Spielraum (von derzeit etwa 5 Prozent Ausländer) bezieht der LANV wohl deshalb in seine Kompromissformel ein, weil «Personen mit Aufenthaltsbewilligungen nicht aus dem Lande verwiesen werden sollen», was im Falle einer rigorosen Durchsetzung dieser Zielvorstellungen nach den Berechnungen von Prof. Kneschaurek ohne Zweifel notwendig wäre. Der LANV-Vorstand bekräftigt hier die von ihm mehrmals vorgetragene Haltung, wobei nicht auszuschliessen ist, dass mit dieser klar formulierten Stellungnahme den Scharfmachern in den eigenen Reihen eine Absage erteilt werden soll. Denn vor nicht allzu langer Zeit hat die Metallsektion des LANV in ultimativer Form eine strikte Beachtung der Drittelsbegrenzung verlangt, verbunden mit der Drohung, dass ansonsten eine Volksinitiative zur Durchsetzung dieser Forderung lanciert werde. Gleichsam als Konzession an diese Kräfte schreibt der LANV jedoch weiter, dass diese kompromissbereite Haltung keine Gültigkeit habe bei Personen, «welche sich nicht an die Gepflogenheiten unseres Landes halten oder gar Land und Leuten Schaden zufügen.»

Sicherung der Arbeitsplätze

Bei der Begründung seiner Stellungen-

nahme führt der LANV-Vorstand an, dass sich der Arbeitnehmerverband bewusst sei, dass die beantragte Lösungsvariante zu beachtlichen Härtefällen führen könne. Doch gehe es dem LANV letztlich um den Schutz der im Lande bereits ansässigen erwerbstätigen Bevölkerung und – noch konkreter – um die Sicherung der Arbeitsplätze für Einheimische. Die in den letzten Monaten sich entwickelnde Arbeitslosenrate in der Schweiz und auch in unserem Lande hat nach den Ausführungen des LANV deutlich gezeigt, dass mit den Neuzulassungsbewilligungen von weiteren ausländischen Arbeitskräften die allergrösste Vorsicht unbedingt am Platze ist. Ausserdem stellt der LANV fest, dass eine in sich wirksamere restriktive Zulassungspolitik von Ausländern auch in Hinsicht auf die Erhaltung der liechtensteinischen Eigenstaatlichkeit unbestritten als tunlichst erscheinen muss.»

Umverteilung der Arbeitskräfte

In der Perspektivstudie, die sich mit einem Zeitraum von zehn Jahren befasst, wird mit einem deutlichen Arbeitskräftemangel bis 1990 gerechnet, sofern eine restriktive Ausländerpolitik eingehalten oder durchgesetzt wird. Um den daraus resultierenden, angespannten Arbeitsmarkt, der in der Studie mit teilweise

drastischen Begleiterscheinungen für die Gesamtwirtschaft geschildert wird, einigermaßen begegnen zu können, schlägt der LANV eine Umverlagerung der Arbeitskräfte vor. Eine derartige Umverteilung könne dadurch in die Wege geleitet werden, dass mit gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen in allen Wirtschaftssektoren der heutigen Zeit angepasste Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt würden. Mit dieser attraktiveren Gestaltung des Arbeitsplatzangebotes sollte es nach Ansicht des LANV möglich sein, auch in den heute noch nachhinkenden Sparten der liechtensteinischen Wirtschaft zum mindesten einen Teil des benötigten Personals auf dem inländischen Arbeitsmarkt zu finden. Die Kneschaurek-Studie befürchtet bei einem stark angespannten Arbeitsmarkt strukturelle Verzerrungen und eine Konzentration der Wirtschaft, was nichts anderes bedeutet als die unliebsame Tatsache, dass weniger starke Betriebe und Branchen zum Aufgeben gezwungen werden – eine Situation, die zumindest tendenziell zur Zeit der Hochkonjunktur in den siebziger Jahren vorhanden war und nur durch verstärkten Zugang von ausländischen Arbeitskräften verdeckt werden konnte.

Grenzgänger aus der Schweiz

Eine weitere Massnahme, um das Pro-

blem der Arbeitskräfte ohne zusätzliche Überfremdung zu lösen, erachtet der LANV als möglich: Sollte sich die gesamte wirtschaftliche Lage im industriellen Bereich, insbesondere in der Maschinen- und Metallindustrie, entgegen den momentanen Aussichten schon kurzfristig in Richtung Arbeitskräftemangel ändern, so könnten – im Gegensatz zur Prof. Kneschaurek – aus dem Raume des benachbarten St. Galler Rheintals notfalls Grenzgänger rekrutiert werden. Die Perspektivstudie hatte einen vermehrten Einsatz von Grenzgängern als «volkswirtschaftlichen Leerlauf» bezeichnet, und vor einem Rückgriff auf diese Massnahme zur Kompensation von Ungleichgewichten auf dem einheimischen Arbeitsmarkt gewarnt. Zwar profitiere die Wirtschaft von ihrer Arbeit, die schlussendlich eine erhöhte Produktion von Gütern und Dienstleistungen erlaube, aber die daraus entstandene zusätzliche Wertschöpfung (in Form von Einkommen) werde grösstenteils nicht im Inland, sondern im Ausland ausgegeben und investiert. Ausserdem weisen Grenzgängerströme den Makel – und zwar egal ob sie aus Voralberg stammen oder aus der Schweiz – einer starken Mobilität auf, die sich schnell auf die eine oder andere Seite verlagern könne. (G. M.)



Turbulentes Rennen Andi auf Rang 3

Dieser Slalom in Parpan wird wohl in die Geschichte des Weltcups eingehen! Nach diversen Protesten und Disqualifikationen stand das offizielle Klassement erst zwei Stunden nach Rennschluss fest. Die führenden Ingemar Stenmark und Paul Frommelt wurden aufgrund eines Torfehlers (mit den neuen Kippstangen schwer zu erkennen) disqualifiziert. So siegte Steve Mahre vor Jacques Lüthy und Andi Wenzel, der ebenfalls Protest einlegte. Warum und Näheres über das dramatische Rennen im Sportteil (S. 7).

Die drei Varianten der Ausländerpolitik

Angesichts des überdurchschnittlich grossen Anteils der Ausländer – mehr als ein Drittel der Wohnbevölkerung und mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen – hat Prof. Kneschaurek in seiner Perspektivstudie drei Varianten der Ausländerpolitik auf ihre arbeitsmarktlichen Konsequenzen untersucht, da nach seiner Ansicht jegliche Bevölkerungsperspektive entscheidend von der zukünftigen Ausländerpolitik abhängt. Die drei Varianten sollen jedoch nicht als Prognosen oder Zielvorstellungen aufgefasst werden, sondern sind als Alternativen-Spektrum für künftige Entscheidungsgrundlagen gedacht.

Variante 1

Fortsetzung der in den siebziger Jahren gehandhabten Ausländerpolitik. Aus volkswirtschaftlichen Gründen wäre die Fortführung der früheren Ausländerpolitik ohne die in der Verordnung von 1980 festgelegten Begrenzung der Ausländerzahl und ohne die Sus-

pendierung des schweizerisch-liechtensteinischen Freizügigkeitsabkommens von 1981 die beste Lösung. Die Nachfrage wird nach der Studie aber auch bei dieser Variante einen leichten Überschuss aufweisen und damit zu einer allgemeinen Anspannung auf dem Arbeitsmarkt führen.

Variante 2

Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung auf dem derzeit erreichten Niveau. Mit dieser Variante wäre eine Reduktion der Jahresaufenthalter von etwa 3700 auf rund 1700 verbunden. Nach Prof. Kneschaurek müsste man sich dabei zwischen bescheideneren Wachstumsansprüchen und negativen Auswirkungen eines Nachfrageüberschusses auf dem Arbeitsmarkt entscheiden müssen. Hinzu kommen nach der Studie die Nachteile eines erhöhten Zugriffs auf Grenzgänger. Mit einer Grenzgängerquote von etwa 32 Prozent würden bei diesem zweiten Modell die Grenzen des volks-

wirtschaftlich vertretbaren Grenzgängereinsatzes überschritten.

Variante 3

Erreichung einer Ausländerquote von genau einem Drittel an der Gesamtbevölkerung bis 1990. Diese Variante würde nach Ansicht von Prof. Kneschaurek die liechtensteinische Wirtschaft in grosse Schwierigkeiten bringen. Die Jagd nach den immer knapper werdenden Arbeitskräften führten zu unvermeidbaren Anspannungen der Volkswirtschaft mit strukturellen Verzerrungen, Wirtschaftskonzentration und Inflation. Die Drittelgrenze würde eine Reduktion der Jahresaufenthalter von 3700 auf etwa 1050 innert zehn Jahren erfordern, was nur durch einen vermehrten Rückgriff auf Grenzgänger (auf eine Quote von 35 Prozent) kompensiert werden könnte. Nach Ansicht von Prof. Kneschaurek muss diese dritte Variante als sinnvolle Alternative ausscheiden.

Hafer und Roggen teurer

Anhebung der Preise auf Kraftfuttermittel

Auf den 1. Januar 1983 hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) verschiedene Preiszuschläge auf Futtermittel angepasst, welche automatisch auch für die Liechtensteiner Landwirte gelten. Angehoben wurden die Preiszuschläge für Hafer und Roggen um zwei beziehungsweise vier auf 26 beziehungsweise 29 Franken je 100 Kilogramm, während diejenigen für Mais und Ölkuchen um 2 bzw. 4 auf 27 bzw. 29 Franken (vorratspflichtige Ware) gesenkt wurden. Abgebaut wurde auch der Preiszuschlag für Fischmehl, nämlich von 26 auf 20 Franken pro 100 kg. Im weiteren wurde eine Aufteilung der bisher einheitlichen Zollposition für Ölkuchen vorgenommen. Danach werden laut EVD die Importe von Erdnusskuchen in Zukunft mit einem gegenüber den übrigen Ölkuchen verschiedenen Preiszuschlag belegt. Diese Aufteilung ist eine Folge der unterschiedlichen Preisentwicklung, indem Erdnusskuchen im Vergleich zu anderen Ölkuchen relativ billiger wurden.

Jubiläumsjahr des Stefanuskreis Liechtenstein

Verstärkte Fortsetzung der Bildungsarbeit

Zielsetzung auch 1983: Verantwortung in Kirche und Staat

Der Stefanuskreis Liechtenstein (Obmann Walter Gstöhl, Balzers) kann in diesen Tagen auf das wohl bewegteste Jahr seiner 20jährigen Geschichte zurückblicken. Es war geprägt von verschiedenen Höhepunkten, die zweifellos auch die Zukunft dieses Kreises mitprägen werden. Auch 1983 soll die Bildungsarbeit verstärkt fortgesetzt werden, damit die Zielsetzung des Stefanuskreises in Liechtenstein, nämlich ein hohes Mass an Verantwortung in Kirche und Staat zu übernehmen, noch besser verwirklicht werden kann. Rückblickend auf das Jubiläumsjahr sind drei Höhepunkte zu nennen: So war es einmal die Stellungnahme zu Handen der Fürstlichen Regierung zum neuen FL-Strafgesetzbuch, zum anderen, das 20jährige Bestehen mit der Jubiläumstagung auf Burg Gutenberg mit rund 250 Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein, welches dem Stefanuskreis eine grössere Publizität eingebracht hat und zum dritten, die Jubiläumsspende der Liechtensteiner Freunde an den Aufbau der Stefanus-Gemeinschaft im Tirol.

Christliche Grundwerte im Staat

Schwerpunktmässig war das erste Halbjahr der Erarbeitung einer Stellungnahme zum neuen FL-Strafgesetzbuch an die Fürstliche Regierung reserviert. Mit Grundsatzreferaten von Dekan Franz Näscher zum Thema: «Die christlichen Grundwerte im Staat» und von Dr. jur. Herbert Wille über: «Die Reform des Liechtenst. Strafgesetzes» wurde der Grundstock für die Diskussionen in Arbeitsgruppen gelegt. Wegen der grossen

Stofffülle konnten wir das komplexe Thema nur schwerpunktmässig verschaffen. Strafmass und Geldstrafen, Abtreibung, Schutzalter 14 Jahre, Gewerbmässige Unzucht und der Schutz der Familien waren diese Schwerpunkte, die uns reichlichen Diskussionsstoff boten. Es bleibt zu hoffen, dass unsere Überlegungen, die wir zusammen mit Ehefrauen und weiteren interessierten Personen erarbeiteten, in die endgültige Fassung eingebracht werden. Wir danken der Fürstlichen Re-

gierung für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Polen und übrige Welt

Erneut waren die Tagungen, die sich politischen Themen widmeten, aktuell und interessant. Dr. Hans Rudolf Böckli, Belp, sprach zum Thema: «Das Schicksal des polnischen Volkes» und gab einen umfassenden Überblick über den geschichtlichen Werdegang des polnischen Staates und den verschiedenen Teilungen. Er verstand es aber auch die gegenwärtige Situation zu analysieren und versuchte das Geschehen einzuordnen. Mit Graf Josef Hubert von Neipperg sprach dann ein zweiter Referent zu einem politischen Thema. Mit seinem hervorragenden und aussergewöhnlichen Geschichtswissen verstand er es, das Weltgeschehen einzuordnen und zu deuten. In seiner «Tour d'horizon» streifte er die wichtigsten Krisenherde der Welt und stellte das Geschehen in einen übergeordneten Rahmen, dem Willen und Wünschen der Weltmächte. Im Rahmen einer Orientie-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Boden als Wertanlage

Die Gemeinde Schaan kaufte drei Bauplätze

Unbestritten zählt Grund und Boden, besonders in unserem kleinen Land, zu den beständigsten Wertanlagen für die Zukunft. Vor allem die Gemeinden unternehmen in dieser Richtung seit Jahren einige Anstrengungen, um ihren – meist relativ kleinen Bodenbesitz – zu vergrössern, damit der Spielraum für Eintauschmöglichkeiten (Förderung des sozialen Wohnungsbaues) ausgeweitet werden kann. So ist es beispielsweise der Gemeinde Schaan Ende vergangenen Jahres gelungen, nach einstimmigen Beschlüssen im Gemeinderat, zwei herrlich gelegene Plätze käuflich zu erwerben. Beide Parzellen liegen westlich der Gafosstrasse und südlich der Steingerta-Strasse. Die bisherigen Besitzer verkauften diesen Boden zum Nettopreis von 1050 Franken pro Klafter den unteren und 1100 Franken den oberen, einmal mit 568.5 Klaftern und einmal mit 682.5 Klaftern. Die Investitionen für die Gemeinde belaufen sich für beide Grundstücke auf etwa 1.3 Millionen Franken.

Auch diese Plätze sind gedacht als wertvolle Boden- und Wertreserve für die Zukunft. Ein kleinerer Bauplatz von 184 Klaftern zu 600 Franken das Klafter konnte die Gemeinde im Pardiell, ungefähr in der Mitte zwischen Zollstrasse und Bahnlinie (südlich der Garaga Wenaweser) erwerben. Da die Gemeinde gleich daneben eine Parzelle besitzt, ist auch hier ein schöner Bauplatz als Reserve vorhanden.